

Stand: 08.02.2026 20:01:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16810

"Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16810 vom 10.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17500 des GP vom 16.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17617 vom 06.07.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD**

Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege mündlich und schriftlich über die derzeitige und zukünftige Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern zu berichten.

Dabei sind insbesondere nachfolgende Aspekte zu beleuchten:

1. Wie bewertet die Staatsregierung die derzeitige Versorgungslage im kinderärztlichen Bereich in Bayern im ländlichen Raum und im Hinblick auf die Städte und die dortige ungleiche Verteilung auf einzelne Stadtviertel?
2. Ist der Nachwuchsbedarf an Fachärztinnen bzw. Fachärzten für Kinderheilkunde in Bayern derzeit gedeckt?
3. Inwiefern und in welchen Regionen wird nach Kenntnis der Staatsregierung bereits bisher ein überdurchschnittlicher Anteil von Kindern an der Wohnbevölkerung als regionale Besonderheit nach § 2 der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) bei der kassenärztlichen Beplanung von Kinderarztsitzen berücksichtigt?
4. Hält die Staatsregierung es für eine bedarfsdeckende Versorgung mit Kinderärzten in Bayern für notwendig, den Anteil an Kindern an der Gesamtbevölkerung als regionale Besonderheit stärker zu berücksichtigen? Wenn ja: In welchen Regionen? Wird sich die Staatsregierung in ihrer beratenden Funktion im Gemeinsamen Landesausschuss nach § 90 Sozialgesetzbuch (SGB) V für eine stärkere Berücksichtigung demografischer Faktoren bei der Beplanung von Kinderarztsitzen einsetzen?
5. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Staatsregierung die geplanten oder tatsächlichen Praxisöffnungszeiten bei der Entscheidung über die Vergabe von Kinderarztsitzen? Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, über die Bedarfs-

planung auf längere Praxisöffnungszeiten hinzuwirken?

6. Hält die Staatsregierung die derzeitige Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA für geeignet, den Bedarf an ambulanter kinderärztlicher Versorgung in Bayern auch mittelfristig sicherzustellen? Welche Änderungen hält die Staatsregierung allenfalls für angezeigt, und wird sie sich im Rahmen ihrer beratenden Funktion im G-BA dafür einsetzen? Sollte nach Auffassung der Staatsregierung die Ausweitung der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder gemäß der „Kinder-Richtlinie“ des G-BA auch in der Bedarfsplanung berücksichtigt werden?
7. Welche anderen Maßnahmen hält die Staatsregierung für sinnvoll, um eine bedarfs- und flächendeckende Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern auch mittel- und langfristig sicherzustellen?

Begründung:

Die Bedarfsplanung zur ärztlichen Versorgung gibt vor, wie viele Ärztinnen bzw. Ärzte eines Fachgebiets in einer bestimmten Region vorhanden sein müssen, um eine ausreichende ambulante ärztliche Versorgung der dort lebenden Bevölkerung sicherzustellen. Die Arztdaten für die jeweiligen Planungsbereiche werden für haus- und fachärztliche Versorgung ermittelt.

Die 1993 vom Gesetzgeber eingeführte bundesweite Bedarfsplanung wurde 2012 mit dem Versorgungsstrukturgesetz neu geordnet, insbesondere um dem zukünftigen oder bereits manifesten Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen gegenzusteuern. Der Mangel an fachärztlichem Nachwuchs und die Veränderung der Planungsbereiche durch Gebietsreformen haben eine Neufassung erforderlich gemacht, die in Form einer neuen Bedarfsplanungsrichtlinie von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Krankenkassen im Gemeinsamen Bundesausschuss 2012 beschlossen wurde.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung GKV-Versorgungsstärkungsgesetz – GKV-VSG vom 23. Juli 2015 soll die 2013 geänderte Bedarfsplanung weiterentwickelt werden. Das Versorgungsstärkungsgesetz zielt darauf ab, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung der Patientinnen bzw. Patienten auf ho-

hem Niveau sicherzustellen – die flächendeckende ambulante medizinische Versorgung soll gesichert und der Zugang von Patienten zu ärztlichen Leistungen verbessert werden. Außerdem sollen innovative Versorgungsformen stärker gefördert werden. Der G-BA wurde dazu beauftragt, die erforderlichen Anpassungen für eine bedarfsgerechte Versorgung – nach Prüfung der Verhältniszahlen und unter Berücksichtigung der Möglichkeit zu einer kleinräumigen Planung – zu treffen. Bei der Anpassung der Zahlen soll auch die Sozial- und Morbiditätsstruktur der Bevölkerung berücksichtigt werden. Eine überarbeitete Fassung der Bedarfsplanung sollte ursprünglich mit Wirkung zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Als Grundlage für die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung wurde ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben.

Die Zunahme an Überlastungsklagen von Seiten der (Kinder-)Ärztinnen bzw. Ärzte sowie an Berichten über Versorgungsengpässe von Elternseite lassen zum jetzigen Zeitpunkt eine Bestandsaufnahme über den aktuellen Umsetzungsstand der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie als dringend angezeigt erscheinen.

Einerseits mangelt es an Fachärztinnen bzw. Fachärzten im ländlichen Raum, andererseits ist aber auch in der Stadt München eine ungleiche Verteilung mit Kinderärztinnen bzw. Kinderärzten auf einzelne Stadtviertel zu verzeichnen. Aufgrund der Größe der Planungsbereiche sind Kinderärztinnen bzw. Kinderärzte in Städten wie München nicht darauf festgelegt, wo sie sich niederlassen, was zur Folge hat, dass gut situierte Viertel überversorgt sind, während sozial schwächere Viertel einen akuten Mangel an kinderärztlicher Versorgung aufweisen. Eltern und ihren kranken Kindern darf nicht zugemutet werden, eine lange Anreise – meist mit öffentlichen Verkehrsmitteln – zum Arzt auf sich nehmen zu müssen. Gleichzeitig ist es auch den Ärztinnen bzw. Ärzten in schlecht versorgten Gebieten nicht zumutbar, ständig am Rande der Belastungsgrenze zu arbeiten. Weiterhin wirkt sich ein Mangel an niedergelassenen Kinderärztinnen bzw. Kinderärzten auch auf die nahegelegenen Notfallambulanzen aus, auf die ausgewichen wird und denen dann wiederum die Kapazitäten für wirkliche Notfälle fehlen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Drs. 17/16810**

Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Satz 1 die Wörter „mündlich und schriftlich“ gestrichen werden.

Berichterstatterin: **Ruth Müller**
Mitberichterstatter: **Sandro Kirchner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 16. Mai 2017 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 17/16810, 17/17500

Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die derzeitige und zukünftige Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern zu berichten.

Dabei sind insbesondere nachfolgende Aspekte zu beleuchten:

1. Wie bewertet die Staatsregierung die derzeitige Versorgungslage im kinderärztlichen Bereich in Bayern im ländlichen Raum und im Hinblick auf die Städte und die dortige ungleiche Verteilung auf einzelne Stadtviertel?
2. Ist der Nachwuchsbedarf an Fachärztinnen bzw. Fachärzten für Kinderheilkunde in Bayern derzeit gedeckt?
3. Inwiefern und in welchen Regionen wird nach Kenntnis der Staatsregierung bereits bisher ein überdurchschnittlicher Anteil von Kindern an der Wohnbevölkerung als regionale Besonderheit nach § 2 der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemein-

samen Bundesausschusses (G-BA) bei der kassenärztlichen Beplanung von Kinderarztsitzen berücksichtigt?

4. Hält die Staatsregierung es für eine bedarfsdeckende Versorgung mit Kinderärzten in Bayern für notwendig, den Anteil an Kindern an der Gesamtbevölkerung als regionale Besonderheit stärker zu berücksichtigen? Wenn ja: In welchen Regionen? Wird sich die Staatsregierung in ihrer beratenden Funktion im Gemeinsamen Landesausschuss nach § 90 des Sozialgesetzbuchs (SGB) V für eine stärkere Berücksichtigung demografischer Faktoren bei der Beplanung von Kinderarztsitzen einsetzen?
5. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Staatsregierung die geplanten oder tatsächlichen Praxisöffnungszeiten bei der Entscheidung über die Vergabe von Kinderarztsitzen? Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, über die Bedarfsplanung auf längere Praxisöffnungszeiten hinzuwirken?
6. Hält die Staatsregierung die derzeitige Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA für geeignet, den Bedarf an ambulanter kinderärztlicher Versorgung in Bayern auch mittelfristig sicherzustellen? Welche Änderungen hält die Staatsregierung allenfalls für angezeigt, und wird sie sich im Rahmen ihrer mitberatenden Funktion im G-BA dafür einsetzen? Sollte nach Auffassung der Staatsregierung die Ausweitung der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder gemäß der „Kinder-Richtlinie“ des G-BA auch in der Bedarfsplanung berücksichtigt werden?
7. Welche anderen Maßnahmen hält die Staatsregierung für sinnvoll, um eine bedarfs- und flächendeckende Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern auch mittel- und langfristig sicherzustellen?

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Saubere Energie für alle Europäer
COM (2016) 860 final
BR-Drs. 738/16
Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie
COM (2016) 763 final
BR-Drs. 811/16
Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Forschung und Technologie:
Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-
öffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der
Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 – 30.04.2017
Drs. 17/16273, 17/17473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr:
Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 – 23.04.2017
Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend:
Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16310, 17/17474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche, COM (2017) 257 final; BR-Drs. 400/17 Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Verfassungsstreitigkeit

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017

(Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch)

PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten
Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern
Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU
Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke
und übersteigen zugleich das technisch Mögliche
Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann u.a. SPD
Außenwerbeverbot für Tabakwaren
Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern
Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen
für Mieterstrommodelle jetzt einführen
Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden
Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen
Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung
Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU
Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich
nach dem Brexit
Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim
Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen
Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitliche Mindestereichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen
Drs. 17/16620, 17/17496 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken
Drs. 17/16654, 17/17497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt
Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten
Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission
Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen
Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene
Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen
Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln
Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern
Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen
Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.